FH-BW-01-086

Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Britta Haßelmann (Bielefeld KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 85 bis 88:
ein Lebensweg verläuft, darf nicht der geografische Zufall entscheiden. Das ist auch eine Frage von Gerechtigkeit. ~~Deshalb wollen wir die Förderpolitik des Bundes stärker an der Raumordnung orientieren, damit Gelder da ankommen, wo sie gebraucht werden.~~ Viele Regionen treten trotz Fördergeldern auf der Stelle oder drohen abgekoppelt zu werden. Deshalb braucht es einen Neustart in der Förderpolitik. Neben der bisherigen wirtschaftsbezogenen Strukturförderung durch EU, Bund und Länder brauchen wir mehr Investitionen in unsere allgemeine Infrastruktur. Dazu wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zur Förderung der regionalen Daseinsvorsorge in strukturschwachen Regionen unabhängig von der Himmelsrichtung im Grundgesetz verankern. Wir machen uns stark für lebendige Ortskerne, damit Innenstädte und Dorfkerne weiter Wohnorte bleiben. Wir

Begründung

Das Gefühl von Infrastruktur abgekoppelt zu sein, hat in manchen strukturschwachen Regionen inzwischen erhebliche Auswirkungen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und politische Teilhabe. Viele Regionen treten trotz Fördermillionen auf der Stelle. Der demografische Wandel erfordert, Um- und Rückbaumaßnahmen, die derzeit vom Bund nur im Rahmen von Modellprojekten gefördert werden können. Die Stärkung strukturschwacher Regionen gehört daher ganz oben auf die politische Agenda. Wir brauchen einen Neustart in der Förderung strukturschwacher Regionen, der ein starkes Signal an die Menschen vor Ort sendet und sie stärker als bislang in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbezieht. Aufgrund der Beschränkungen des Grundgesetzes in der Unterstützung der Kommunen durch den Bund und der Förderpolitik über die bestehenden beiden Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben (GAK und GRW) müssen wir neue Wege gehen und die Mittel zielgerichteter in die Regionen leiten, die die Finanzhilfen auch wirklich brauchen. Daher wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge (GRD) von Bund und Ländern einführen und das Grundgesetz ändern.

Unterstützer*innen

Markus Tressel (Saarlouis KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Maria Klein-Schmeink (Münster KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV); Stephan Kühn (Dresden KV); Markus Kurth (Dortmund KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Peter Meiwald (Ammerland KV); Jonas Wille (Darmstadt KV); Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Rainer Wernicke (Saalfeld-Rudolstadt KV); Eva Goldbach (Vogelsberg KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Heike Nückel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Volker Beck (Köln KV); Ulle Schauws (Krefeld KV); Anja

Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Frithjof Schmidt (Bochum KV)